

## Pressemitteilung

### Eine Liebesheirat wird das wohl nicht: Sektion Frankfurt diskutiert Börsenfusion

**Pro und Contra Börsenfusion Frankfurt/New York – die Sektion Frankfurt im Hessischen Landesverband des Wirtschaftsrats bot ihren Mitgliedern quasi zur eigenen Meinungsbildung Aussagen von Experten. Der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Constantin Westphal zitierte zu Beginn der Diskussionsveranstaltung die Stimme eines Tischnachbarn: „Eine Liebesheirat wird das nicht, aber eine zukunftsweisende Entscheidung“. Dem Applaus am Ende folgend könnte man werten: Contra hat gewonnen...**

Prof. Horst Hammen, Gutachter für die Deutsche Börse AG, betonte in seinem Statement die „Synergieeffekte und Einsparungen für die Deutsche Börse, käme es zu einer Fusion mit der New York Stock Exchange (NYSE). Letztendlich würde die Position in Frankfurt gestärkt. Weiter betonte Prof. Hammen, sämtliche Geschäftsbereiche, die derzeit in Frankfurt arbeiteten, blieben auch künftig in der Mainmetropole. Für ihn stand die Sicherung der Betriebspflicht an erster Stelle, die durch eine Fusion „keineswegs gefährdet“ sei. Es könne zwar dazu kommen, dass Arbeitsplätze etwa im IT-Bereich wegfielen. An anderer Stelle würden aber neue entstehen. Prof. Hammen schloss mit der Aussage, dass man nicht nur auf eventuelle Risiken blicken solle, sondern vor allem auf die Chancen.

Prof. Dr. U. Burgard, Gutachter für die andere Seite, begründete seine Contra-Fusion-Haltung mit der Feststellung: „Die Frankfurter Wertpapierbörse ist mit weitem Abstand die bedeutendste deutsche Börse im Euro-Raum. Sie ist als großer Arbeitgeber und Steuerzahler eine Keimzelle für die Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt und neben Flughafen und Autobahnen ein Eckpfeiler der Wirtschaftsregion.“ Sie sei auch ohne Fusion für den Wettbewerb gerüstet. Als Anstalt des öffentlichen Rechts dürfe sie nicht den Interessen Privater überlassen werden. In diesem Zusammenhang prangerte Prof. Burgard vor allem den Gewinnabführungsvertrag an. Mit ihm bestehe die Gefahr einer finanziellen Austrocknung der Frankfurter Börse. Die Fusion müsse untersagt werden, weil ansonsten die Deutsche Börse nicht mehr „Herr im eigenen Haus“ sei, ihre Unabhängigkeit verliert und beherrscht würde von einem ehemaligen Konkurrenten. Anhand eines Organisations- und Personaltableaus verdeutlichte Prof. Burgard seine Besorgnis.

**Frankfurt, 17. 10. 2011**

---

**Kontakt:**

**Wirtschaftsrat der CDU e.V. – Landesverband Hessen  
Dr. Bernhard Knaf, Landesgeschäftsführer, Tel. 069/727313  
Ulrich Jung, Pressebeauftragter: Tel: 0170-2444296  
E-mail: u.jung@wirtschaftsrat.de**